

Die Antworten aus dem Freisinger Landratsamt v. 7.11.2018 auf die Fragen der Tibet-Initiative Freising:

- Was sind aus Sicht des Landkreises die Vorteile der Partnerschaft und inwiefern hat sich das in den letzten 30 Jahren materialisiert?

Die drei wesentlichen Ziele der Partnerschaft sind die „Völkerverständigung“, „Wirtschaftliche Kontakte“ und „positive Darstellung Freising's bzw. Deutschlands“. Die Ziele wurden bisher erfüllt. Inwieweit dies auch zur Umsetzung von wirtschaftlichen Projekten geführt hat, ist uns nicht bekannt.

- Was hat die Partnerschaft den Steuerzahler bislang gekostet und welche Summen sind dafür in den nächsten Jahren veranschlagt?

Eine Ermittlung der Ausgaben in den letzten 30 Jahren ist aufgrund des großen Zeitaufwandes nicht möglich. In den Jahren 2015 und 2016 wurden keine Ausgaben getätigt. Im Jahr 2017 sind aufgrund des Jubiläums Kosten in Höhe von ca. 8.000 Euro angefallen.

- Inwiefern wurden mit den chinesischen Partnern über die Verbesserung der Menschenrechtslage diskutiert, insbesondere über die Schließung der beiden Laogai-Arbeitslager (Weifang Jinfan Chemical Plant und Weifang Changle Rock Material Plant) in Weifang?

Dem Landratsamt liegen über diese Arbeitslager keine Informationen vor.

- Liegen dem Landratsamt Informationen zu den Insassen der Laogai-Arbeitslager in Weifang (Anlagepunkte, Ethnie, Haft- und Überlebensbedingungen) vor?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Wurden in Freising bzw. dem Landkreis Baumaterialien verbaut bzw. Chemikalien eingesetzt, welche durch Zwangsarbeit in Weifang (o. anderen chin. Arbeitslagern) hergestellt wurden?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Liegen dem Landratsamt Informationen über Vertriebswege der durch Zwangsarbeit hergestellten Produkte in China und nach Deutschland vor?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Wie viele politische Gefangene werden in Weifang festgehalten und welche Haftbedingungen müssen sie erleiden?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Welche Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen in Weifang liegen dem Landratsamt vor?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Welche wirtschaftlichen Kooperationen wurden durch die Partnerschaft geschlossen und welches ungefähre Volumen umfassen diese?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

- Wie viele unternehmerische Beschwerden über Patentdiebstahl und andere unfaire Wirtschaftsbedingungen sind dem Landrat in der Kooperation mit Weifang bekannt?

Dem Landratsamt liegen darüber keine Informationen vor.

Nachfolgend die Antwort des Auswärtigen Amtes (Referat AP01 Chinatteam) v. 18.9.18 an das Landratsamt auf deren Nachfrage nach dem Stand der Laogai:

Unter Laogai versteht man eine strafrechtlich geregelte Form von Arbeitslagern für gerichtlich verurteilte Gefangene. In diesen Arbeitslagern, die von chinesischen Behörden als reguläre Gefängnisse bezeichnet werden, müssen sowohl verurteilte Straftäter für (auch nach europäischem Verständnis „normale“) Straftaten Arbeitsdienst leisten als auch Personen, die aufgrund von politischen oder religiösen Aktivitäten verurteilt wurden (Dissidenten, Aktivisten, Priester etc). Bei der Arbeit in diesen Einrichtungen handelt es sich um körperliche Schwerstarbeit in unterschiedlichen Bereichen wie Schwerindustrie, Chemiefabriken, Kohlebergbau oder Landwirtschaft.

Zu den Arbeitsbedingungen gibt es zahlreiche Berichte ehemaliger Insassen, diese variieren je nach Ort und Art der Einrichtung, allerdings ist allen gemein, dass sie als grundsätzlich menschenunwürdig angesehen werden müssen: Es liegen eklatante Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen vor, von Arbeitssicherheit bis zu Arbeitszeitregelungen sowie bei der Ernährung und medizinischer Versorgung und Unterbringung (Hygiene) der Gefangenen. Die Zwangsarbeit ist sowohl körperlich gesundheitsgefährdend als auch psychisch extrem belastend. Es ist davon auszugehen, dass die schlechten Bedingungen in einer hohen Zahl von Todesfällen oder gesundheitlichen Spätfolgen unter den Insassen resultieren. Nach der Arbeit gibt es oft mehrstündige moralische Umerziehungsvorträge, die zur Besserung („reform“) der Insassen beitragen sollen. Schätzungen von NGOs gehen von über 1.000 solcher Einrichtungen/Gefängnissen landesweit aus und ca. 4-6 Mio. Gefangenen, die Arbeitsdienste leisten müssen.

Die Abschaffung der des Laogai-Systems war und ist wichtiger Bestandteil des Menschenrechtsdialogs mit China. Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft für die Abschaffung einsetzen.

Zur Existenz eines Laogai-Lagers in Weifang in der Provinz liegen dem Auswärtigen Amt keine konkreten Informationen vor.